

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Nach drei aufeinanderfolgenden stressigen Sitzungswochen freuen wir uns nun alle auf die wohlverdiente parlamentarische Sommerpause.



Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine sonnige und erholsame Ferienzeit und hoffe, dass wir uns alle gesund und munter im September wiedersehen.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Bundeswehr nach Mazedonien? ...S.2
- Gründe für die weitere Beobachtung der PDS durch Verfassungsschutz dargelegt ...S.3
- Stärkere Förderung des Ehrenamtes ...S.5
- Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu ...S.5
- Mehr Zuwanderung, weniger Integration ...S.6
- Autos auch für Fußgänger sicherer machen ...S. 6
- In eigener Sache ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Bundeswehr nach Mazedonien?



►► | Das Pulverfass Balkan brennt wieder einmal: Dieses mal ist es Mazedonien. Die NATO als Friedensgarant ist mitgefordert, die Kämpfe zwischen Mazedoniern und Albanern zu beenden. Sie soll in 30 Tagen die Waffen der Kontrahenten einsammeln und erste politische Schritte zur Stabilisierung der Lage in diesem zerrütteten Land einleiten. Aber kaum jemand glaubt, dass diese Aufgabe in 30 Tagen zu schaffen ist. Genau wie in Bosnien könnte sich diese Friedensaktion zu einer "unendlichen Geschichte" entwickeln.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, hat im Hinblick darauf bereits erklärt, dass die Bundeswehr zu einem solchen langandauernden Einsatz weder personell noch materiell in der Lage ist. Um ein Bataillon von 600 Soldaten auf längere Dauer in Mazedonien zu stationieren, werden allerdings 5 mal so viel, also 3000 Soldaten, übers Jahr gesehen benötigt. Die sind neben den ca. 7.000 Soldaten für SFOR und KFOR in der Bundeswehr kaum mehr zu finden.

Das rot-grüne Führungstrio, Schröder, Fischer und Scharping, sieht das ganz anders. Sie sind Weltmeister in der Übernahme von immer neuen internationalen Verpflichtungen. So sagten sie der EU im letzten Jahr eine deutsche Krisenreaktionsstreitmacht von 30.000 Soldaten zu, davon 18.000 Soldaten ständig im Einsatz, ohne die Haushaltsmittel bereitzustellen, um diese Truppe für mögliche Einsätze modern auszurüsten. Wehrminister Scharping posaunte: "Deutschland ist bereit, willens und auch fähig".

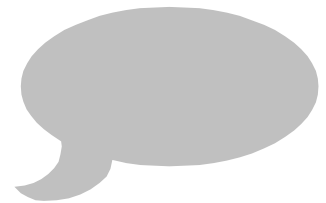
Das Gegenteil ist richtig: Die Bundeswehr wird seit 1998 kaputtgespart. So fehlen jährlich mindestens 2 - 3 Milliarden DM im Verteidigungshaushalt für dringend notwendige Materialerhaltungs- und Beschaffungsinvestitionen. Viele Panzer stehen still; Flugzeuge können nicht mehr starten. Verteidigungsminister Scharping wird von Finanzminister Eichel

ständig finanziell "zur Ader gelassen". Die Schere zwischen den internationalen Verpflichtungen und der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr klafft immer weiter auseinander. Größere Teile der Bundeswehr sind nicht mehr einsatzfähig. Bei den Soldaten und Zivilbediensteten macht sich Demotivation, ja sogar Zukunftsangst breit.



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb in dieser Woche eine klare Linie eingeschlagen: Zustimmung zu einer Entsendung der Bundeswehr nach Mazedonien nur, wenn gleichzeitig der Verteidigungshaushalt spürbar angehoben wird. Da Einsparungskommissar Eichel gerade dies seit 1998 verweigert, ist unsere Antwort eindeutig: Nein zu einer neuen Mission auf dem Balkan mit Bundeswehrebeteiligung. Der von Rot/Grün nun plötzlich wiederentdeckte "außenpolitische Konsens" im Bundestag in Bezug auf Friedenseinsätze der Bundeswehr muss nach unserer Überzeugung eine realistische Grundlage haben.

Und diese lautet: Mehr Geld für die Bundeswehr, damit sie ihre zunehmenden Aufgaben in der NATO und der EU erfüllen kann! <<<



Spruch der Woche

"Ich habe ein durchaus konstruktives Verhältnis in der Sache zu Merz, und auch emotional gibt es zwischen uns beiden durchaus Brücken."

Angela Merkel
Parteivorsitzende der
CDU, über ihr Verhältnis
zum Vorsitzenden der
Bundestagsfraktion

Gründe für die weitere Beobachtung der PDS durch Verfassungsschutz dargelegt

▶▶▶ Die Bundesregierung hat am Mittwochvormittag im Innenausschuss über die Hintergründe, den Anlass und die Perspektiven der Beobachtung der PDS durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder informiert.

Danach gibt es gemäß Artikel 3 und 4 des Grundgesetzes keinen Anlass, die derzeit offene Beobachtung von Vertretern der PDS oder von ihr zuzurechnenden Organisationen und

Einzelpersonen zu beenden. Es hänge einzig von den Betroffenen selbst ab, ob die verfassungsrechtliche Beobachtung fortgeführt werde oder nicht.



Wir wiesen auf Unterschiede bei der Einschätzung innerhalb der Regierungskoalition, inwieweit die Position von Bündnis 90/Die Grünen, wonach die PDS-Beobachtung durch den Verfassungsschutz eine "hoheitliche Verrufserklärung" der PDS darstelle, mit der Haltung des Bundesinnenministers vereinbar sei. Dieser habe Meldungen zufolge kürzlich öffentlich erklärt, die "skandalöse Verharmlosung des Mauerbaus zeigt, dass die PDS eben noch nicht in der Demokratie angekommen" sei.

Die Bündnisgrünen erklärten dazu, die Auseinandersetzung mit der PDS finde für sie im Wesentlichen im Parlament statt. Auch sei es fragwürdig, wenn eine Partei, die mit einem klaren Votum der Bevölkerung ins Parlament gewählt worden sei, bei der politischen Auseinandersetzung verfassungsrechtlich diskreditiert werde.

Die F.D.P. konstatierte, durch eine grundlegende Veränderung der politischen Situation in Berlin sei es aus heutiger Sicht eigentlich müßig, über die verfassungsrechtliche Beobachtung der PDS zu diskutieren. Derzeit stehe die PDS unter "schärfster Beobachtung". Jede Äußerung von PDS-Vertretern käme nicht erst nach neun Monaten in den Verfassungsbericht, sondern sei bereits am nächsten Tag Gegenstand irgendeiner Talkshow. Die PDS warf uns vor, Wahlkampfmunition zu suchen. In Wirklichkeit gehe es nicht um PDS und Überwachung, sondern um das Verhältnis der Regierung zur PDS. In Frage zu stellen sei aber auch die Legitimität der Verfassungsschutzberichterstattung.

Hierzu erklärte Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), als Organisation und Verwaltungsbehörde sei das BfV "an Recht und Gesetz gebunden". Solange selbst bei einer offenen Beobachtung ohne weitere nachrichtendienstliche Instrumente bei der PDS

und ihrem Umfeld tatsächliche Anhaltspunkte zu Bestrebungen festgestellt würden, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Zweifel zu ziehen oder "zu überwinden", wie dies erst kürzlich erfolgt sei, habe der BfV gar keine andere Möglichkeit, als seine Beobachtungen fortzuführen. <<<



Stärkere Förderung des Ehrenamtes

▶▶ In einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung zum Ehrenamt haben Experten unseren Gesetzentwurf gelobt.

Der Deutsche Sportbund erklärte, der Entwurf, trage ihren Forderungen Rechnung, indem er die innerhalb der Grenzwerte geleistete Tätigkeit sowohl steuerlich als auch sozialversicherungsrechtlich nicht als relevant betrachte. Die gewünschte Entlastung für Verein würde eintreten, da ein Großteil der ehrenamtlich Tätigen aus dem Meldeverfahren falle. Die Arbeitgeberverbände begrüßten ebenfalls unsere Forderung, dieses Engagement von der Sozialversicherungspflicht zu befreien. <<<

Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu

▶▶ Kann die Regierung Schröder mit ihrem Arbeitslosenzahlen schon lange keinen Blumentopf mehr gewinnen, war sie um so stolzer auf ihr „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP). Pro Jahr steckt sie da über zwei Milliarden DM rein.

Nach den neuesten Zahlen lag die Jugendarbeitslosigkeit im Mai 2001 höher als im Mai 2000. Gespannt sind wir deshalb auf die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage nach der Wirksamkeit des Programms. <<<



Wußten Sie schon ...

....daß die durchschnittliche Aktionärshauptversammlung drei Stunden dauert, 250000 Mark kostet und von weniger als 1000 Teilnehmern besucht wird? Das ist das Ergebnis einer Studie unter Beteiligung der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre. 73 Prozent der Aktionäre kommen, um das Management kennen zu lernen – 57 Prozent auch wegen des Gratismittagessens.

Mehr Zuwanderung, weniger Integration



▶▶▶ | Die Bundesregierung hat in einer Unterrichtung auch die neue Sprachförderung von Ausländern beschrieben und bekräftigte in einer Anhörung, „daß der Bund die Erstintegration leistet und hierfür die Mittel wie bisher in ungekürzter Höhe zur Verfügung stellt.“

Was auf den ersten Blick gut erscheint, erweist sich schnell als Luftblase. Denn bei der von Rot-Grün geplanten Erweiterung des Personenkreises stehen faktisch weniger Mittel zur Verfügung. Dem Urteil des baden-württembergischen Städtetages, „Eine seriöse Integrationspolitik ist so nicht finanzierbar“, ist nichts hinzuzufügen. ◀◀◀

Autos auch für Fußgänger sicherer machen

▶▶▶ | Deutsche Autos sind Weltspitze bei der Sicherheit für die Insassen. Im Verhältnis zu Fußgängern und Radfahrern gibt es aber noch große Defizite.

Deshalb haben wir die Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass Vorschriften für die Frontpartien von Pkw eingeführt werden, die im Falle eines Unfalls die Verletzungsschwere bei Fußgängern und Radfahrern reduzieren helfen. ◀◀◀

In eigener Sache

▶▶▶ | Auf Grund der beginnenden parlamentarischen Sommerpause erscheint die nächste Ausgabe von

▶▶▶ | BERLIN *Die Woche* ▶▶▶ erst wieder in der Woche vom 10.-16. September. ◀◀◀



... das Allerletzte!

*146 Liter gelben
Gerstensaft konsumiert
jeder potentielle
Biertrinker im Schnitt pro
Jahr. Jeder Schluck des
urdeutschen Gebräus
stimmt auch
Finanzminister Hans
Eichel etwas heiterer.
Denn der Fiskus kassiert
mit. Jährlich fließen rund
1,7 Milliarden Mark an
Biersteuer in die
Staatskasse. Bezogen auf
alle Bürger ab Alter 15
macht das 25 Mark pro
Nase.*